

BEISPIEL Fehmarn (Schleswig-Holstein)

Auch auf der Ostseeinsel Fehmarn ist die Schülerzahlentwicklung rückläufig. Davon ist der Fortbestand des einzigen Gymnasiums bedroht („Inselgymnasium“), in dem zu allem Überfluss eine rigide Auslesepraxis das Schüleraufkommen ohne Not zusätzlich vermindert. Der Stadtrat hat entschieden, die drei bestehenden weiterführenden Schulen als schulrechtliche Einheit in der nunmehr angebotenen Regelschulform der Gemeinschaftsschule fortzuführen. Dieses Votum erfolgte gegen starken Widerstand einer gymnasialnahen Elterninitiative und des Gymnasiums selbst. Auf der anderen Seite machte sich eine andere Elterninitiative für die Gemeinschaftsschule stark.

Der Schulkampf auf der Insel Fehmarn wurde bundesweit beachtet, ging es hier doch nicht um eine vergleichsweise einfache Ergänzung eines unvollständigen Bildungsangebotes, sondern um die Fusion von drei eigenständigen Schulen. Solche „Umgründungen“ sind zumeist schwierig und oft nur gegen starken Widerstand durchzusetzen. Fehmarn hat dies geschafft, der Beschluss zur Einrichtung der Gemeinschaftsschule vom Schuljahr 2007/08 an ist verbindlich und die Genehmigung durch das Ministerium ist avisiert.

Befürworter der Gemeinschaftsschule Fehmarn haben mit Interesse festgestellt, dass die von der Gegenseite beschworene Schülerflucht in Gymnasien auf dem Festland weitestgehend ausgeblieben ist. Von 134 Viertklässlern wurden 128 in der Gemeinschaftsschule angemeldet. Der Pendlerstrom geht offenbar in eine ganz andere Richtung, denn 20 Kinder vom Festland möchten demnächst die Gemeinschaftsschule Fehmarn besuchen.

Fazit

Nach Jahrzehnten bildungspolitischer Auseinandersetzung pro und contra Gesamtschule hat es den Anschein, als sei das Konzept der Gemeinschaftsschule ein weithin akzeptierter Kompromiss. Das wachsende Interesse an dieser neuen Schulform ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass Eltern und Lehrer nach Bekanntwerden der PISA-Ergebnisse die Vorteile eines längeren gemeinsamen Lernens

inzwischen mehrheitlich anerkennen, mehr aber noch durch den Umstand, dass bei stetig sinkenden Schülerzahlen und einem sich kontinuierlich wandelnden Schulwahlverhalten ein Festhalten an überkommenen Strukturen nicht mehr vertreibbar ist. Die von Schleswig-Holstein über Nordrhein-Westfalen bis Südbaden und Bayern reichende neue Offenheit der Schulträger für neue Organisationsmodelle ist nicht mehr zu übersehen.

Sozialberichterstattung 2007**Laumann entblößt sein Nichtstun!**

von **Norbert Killewald**, Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion NRW



Sozialdemokraten und sozialdemokratisch geführte Landesregierungen haben sich seit 1992 nicht davor geschaut, sich mit unangenehmen Wahrheiten auseinanderzusetzen. Die Zahlen und Fakten in jedem Bericht bestätigten Zustände, die

der Politik so nicht schmecken konnten. Zumindest waren sie eine sehr schwer zu verdauende Kost. Wir haben immer Konsequenzen aus den Berichten gezogen, um die Zustände zu ändern. So hatte der Bericht 1995 das Schwerpunktthema Wohnungsnot. Der Bericht 2007 beweist, dass auf Grund des Handelns der rot-grünen Landesregierung die Situation der obdachlosen Menschen und ihre medizinische Versorgung deutlich verbessert wurde. Als anderes Beispiel kann hier die Offene Ganztagsgrundschule aufgeführt werden. Auch sie war als Instrument zur Bekämpfung von Benachteiligung gedacht.

Die wesentlichen – erschütternden – Zahlen:

- 2,57 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen, das heißt jede siebte Person, leben in einkommensarmen Verhältnissen
- darunter jedes vierte Kind in NRW, also 815.000 Kinder
- und darunter 230.000 Menschen über 65 Jahre
- 720.000 Menschen sind in NRW überschuldet

Allein diese Zahlen schreien nach nachhaltigem politischen Handeln. Aber was tut die Landesregierung? Sie beschreibt die bisherigen Kürzungen und angeblichen Ausbaupläne als ihre aktive Arbeit gegen Ausgrenzung und Armut. Die beteiligten Sozialverbände schreiben deshalb der schwarz-gelben Regierung folgenden Satz ins Stammbuch:

„Haushaltssanierungen sind dann keine Sozialpolitik für die Zukunft, wenn die Interessen unserer Kinder heute geopfert werden, um diese schuldenfrei zu den Verlierern von morgen zu machen.“

Das ist jedoch die Konsequenz der Politik der Landesregierung.

Klar ist schon heute, dass es nicht ausreichen wird, die Landesaufgabe auf die Moderation zu beschränken. Es gibt Handlungsfelder, die helfen können, Armut zu bekämpfen, die klar in Landesverantwortung liegen.

Beispielhaft können aufgeführt werden:

1. Armutsbekämpfung heißt: flächendeckende Ganztagsangebote im Elementarbereich und in der Schule
2. Armutsbekämpfung heißt: den U3-Rechtsanspruch schneller als geplant realisieren.
3. Armutsbekämpfung ist möglich durch Mahlzeiten in Schule und Elementarbereich.
4. Armutsbekämpfung ist möglich durch die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit.
5. Armutsbekämpfung ist möglich durch eine aktivere Rolle des Landes in der Gesundheitsvorsorge von der frühkindlichen Phase bis zum Jugendalter.
6. Armutsbekämpfung heißt: Beitragsfreiheit für den Elementarbereich einführen.

Diese Veränderungen können nachhaltig dazu beitragen, dass Kinder durch eine bestmögliche individuelle Förderung und



durch bessere Bildungsabschlüsse als Erwachsene den Kreislauf von Armut und Benachteiligung durchbrechen können.

Was darüber hinaus zu tun ist, um Armut und ihre Folgen zu bekämpfen, werden wir in den nächsten Monaten sorgfältig entwickeln. Wir Sozialdemokraten werden weder ideenlos noch konzeptionslos reagieren.

**„FamilienStart“ in Mülheim
Bevor der Alltag aus den Fugen gerät**

„Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind aufzuziehen“, zitiert die Mülheimer Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld ein altes afrikanisches Sprichwort. Dieses familiäre Netzwerk ist jedoch heute vielfach nicht mehr gegeben. Deshalb hat das unter der Schirmherrschaft der Oberbürgermeisterin stehende „Mülheimer Bündnis für Familie“ ein Projekt entwickelt, das junge Eltern in den ersten Monaten nach der Geburt des Babys unterstützt: den „FamilienStart“.

„Mülheim an der Ruhr ist eine kinder- und familienfreundliche Stadt“, sagt Dagmar Mühlenfeld. Mit neuen Ideen und in Zusammenarbeit mit Ehrenamtli-

chen, der Wirtschaft, den Sozialverbänden, Kirchen und Gewerkschaften wolle sie diesem Anspruch gerecht werden.

„FamilienStart“ heißt diese Idee. Ehrenamtliche begleiten ein Jahr lang junge Familien und helfen dort, wo der Alltag aus den Fugen gerät: Sie waschen Wäsche, gehen einkaufen, füllen Formulare aus oder passen einfach nur mal auf das Baby auf, damit die Mutter oder der Vater ein paar Stunden Zeit für sich selbst hat und neue Energie tanken kann.

Ausgewählt werden die Ehrenamtlichen vom „Centrum für bürgerschaftliches Engagement“ (CBE), die Schulung und Zuordnung zu einer Familie übernimmt eine Mitarbeiterin der Caritas. Sie ist für die Ehrenamtlichen auch da, wenn es Probleme gibt. Stoßen sie an Grenzen, werden die Familien von Fachkräften aus den Sozialverbänden oder der Verwaltung weiter betreut.

Finanziert wird der „FamilienStart“ durch Spendengelder. Das erste Projektjahr ist bereits finanziert. Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld hat dafür zu verschiedenen Anlässen die Werbetrommel gerührt. „Ich hoffe, dass wir auch künftig genügend Spender finden, damit dieses wichtige familienpolitische Projekt weitergeführt werden kann“, so Mühlenfeld.

Landesregierung frisiert Unterrichtsausfall

Man habe den Unterrichtsausfall an den Schulen in NRW halbiert, so lautet die vollmundige Bilanz von Ministerpräsident Rüttgers nach zwei Jahren seiner Regierungszeit. Die GEW meldet hier erhebliche Zweifel an. Auf Drängen des Ministeriums setzten Schulen verstärkt das Mittel des „eigenverantwortlichen Arbeitens“ ein. Dabei werden Schülern Aufgaben gestellt, die sie ohne Begleitung von Lehrern bearbeiten sollen. Solche „Schulstunden“ werden nicht zum Unterrichtsausfall gezählt. Die schulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Ute Schäfer, nennt dies getarnten Unterrichtsausfall und weist zudem auf die Probleme hin, die es bei der Sprachstandserhebung und beim Prognoseunterricht gegeben haben. Allein die erste Stufe der Sprachstandserhebung hat nach einer ersten Schätzung der GEW zu einem Unterrichtsausfall von 150.000 Stunden geführt. Weiteren Bilanzen aus Staatskanzlei und Bildungsministerium muss man mit Skepsis begegnen.